

## Deutschland.

Berlin, 10. September. Die Erwartung, daß die heutige Thronrede auch über die Beziehungen zu Frankreich ein dem militärisch geraden Wesen des Königs und dem offenen Charakter unseres leitenden Staatsmannes entsprechendes klares Wort enthalten werde, ist allerdings durch die am Schlus ausgesprochene Hoffnung „auf Erhaltung des Friedens“, in Erfüllung gegangen, und wenn man in Paris behauptete, daß der Wunsch des Kaisers Napoleon, durch das Moustier'sche Rundschreiben zum Text seiner in sehr verschiedenartigem Sinne aufgefaßten Reden einen recht bündigen friedlichen Kommentar zu liefern, durch die Besorgniß vor einer etwaigen minder freundlichen Auslegung der Salzburger Vorgänge bestärkt worden sei, so würde demnach dieser Calül sich besser bewährt haben, als die vielleicht für das Salzburger Projekt selbst s. z. angestellte Berechnung. Nach dem vom hiesigen Kabinet durch Rundschreiben an die preußischen Diplomaten bereits bestätigten günstigen Eindruck, welchen man hier aus den von Frankreich und Österreich geschenken vertraulichen Erläuterungen empfangen hat, konnte man natürlich auch mit Sicherheit eine übereinstimmende Kundgebung in der Thronrede erwarten. Die bemerkenswerthe Kürze des betreffenden Friedenspassus stellt sich als ein getreuer Ausdruck der ernsten wahren Friedensliebe dar, die anerkannter und bewährter Maximen den hohen Verkünder dieser Worte beseelt, zugleich aber ist sie ein sprechender Gegensatz zu den oft im Widerspruch mit den Thatsachen befindenen phrasenklang- und kunsstreichen Friedenshymnen, die beständig von der „Selne“ her er tönen, ohne irgend Demand Vertrauen einzuflößen. Dieses unverstümbare Misstrauen gegen alle Napoleonische Verebsamkeit herrscht nicht allein in Deutschland, sondern wird weit entschiedener in England und von der Oppositionspresse in Frankreich selbst ausgesprochen, und die notwendige Folge davon ist die allgemeine Abneigung, die thatsächlich Vervollständigung der französischen Armee als eine durch lange Versäumnisse wirklich gebotene Maßregel ohne unmittelbare aggressive Tendenz aufzufassen, wie dies vielleicht unter gleichen thatsächlichen Verhältnissen jeder anderen Regierung gegenüber bereitwillig geschehen würde. — Die „Times“ macht dem Kaiser Napoleon eine schwäbliche Nachgiebigkeit gegen die Chauvinisten zum Vorwurf... „Wir hätten, sagt das Blatt, mehr Vertrauen zum Kaiser, wenn er mehr Vertrauen zu sich selbst hätte. Er läßt sein eigen Urtheil nur zu leicht durch das Geschrei seiner Gegner beherrschen. Wir sehen mit Bedauern, daß er es für gute Politik hält, dem Geschrei mit anscheinender Zustimmung, anstatt mit offener Zurückweisung zu begegnen. Eine Friedenpolitik wäre der Unterstützung einer ungeheuren Majorität sicher, wenn man sie nur als eine redliche, konsequente, und feststehende Politik ansehen könnte!“

Das hartnäckig sich erhaltende Gerücht von einer Abberufung des preußischen Botschafters Graf v. d. Goltz zu Paris und Ersatz desselben durch den dortigen Attaché, den Fürsten v. Neuß, wird hier in offiziellen Kreisen ebenso hartnäckig dementirt; noch weniger dürften die weiter daran angeknüpften Kombinationen von Veränderungen im Ministerium des Auswärtigen und Beschränkung der amtlichen Wirksamkeit des Grafen Bismarck auf die Präsidial-Geschäfte des Ministeriums und des Bundes als thatsächlich begründet zu betrachten sein. — Wie die thüringischen Herzogthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen schon gethan haben, so steht auch Meiningen im Begriff, durch Staatsvertrag mit Preußen die Ausführung aller Ablösungs- und Separationsgeschäfte preußischen Behörden nach preußischen Bestimmungen zu übertragen. — Das Gerücht, daß der Geheime Justizrat Wagners (im auswärtigen Ministerium) als Adlatus des designirten Oberpräsidenten Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode nach Hannover gehen werde, ist vermutlich aus einem zufälligen Zusammentreffen derselben in Hannover entstanden, da Geh. Rath Wagner auf jener Rückreise von Nordenry, während der Anwesenheit des Grafen zu Stolberg, Hannover berührt hat. Weitere Schlüsse sind aus diesem Spiel des Zufalls nicht zu ziehen. — Von drei zu drei Jahren pflegt der Handels-Minister dem König einen Bericht über die Gesamtlage des Landes innerhalb seines Ressorts zu erstatten. Troß der Kriege und alter damit im Zusammenhang stehenden für Handel und Industrie nachtheiligen politischen Verhältnisse, soll doch der Handelsminister im Stande gewesen sein, den Nachweis eines überraschenden Aufschwungs der wirtschaftlichen Erwerbsquellen des Landes zu liefern und einen verhältnismäßig bedeutenderen Fortschritt als andere Länder für Preußen zu konstatiren. Namentlich auch die Ausbeutung der preußischen Bergwerke soll sehr erfreuliche Resultate gezeigt haben.

Berlin, 10. September. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 8. Juni c. in Betreff der Berichtigung des Kirchenbuchs für das Kriegsheer und Herausgabe einer neuen Auslage des dazu gehörenden Choralbuchs folgendes an den Minister der geistlichen sc. Angelegenheiten zu befehlen gegeben: „Auf Ihren Bericht vom 31. Mai d. J. genehmige Ich die von Ihnen im Einverständnisse mit dem evangelischen Ober-Kirchen-Rath vorgeschlagene Berichtigung des Kirchenbuchs für das Kriegs-heer und die Herausgabe einer neuen Auslage des dazu gehörenden Choralbuchs nach der Bearbeitung des Professors und Mustidiktors A. W. Bach und Ihre Einführung in Meine Arme.“

gez. Wilhelm.

— Se. Maj. der König wird den bisherigen Bestimmungen gemäß zunächst nach Baden gehen und in den ersten Tagen des Oktober die Hohenzollernschen Lande besuchen.

— Dem erst vor wenigen Tagen zu Frankfurt a. M. gegründeten Dombau-Verein wurde am 8. d. M. die Anzeige von dem Beitritt Ihrer Maj. der Königin Augusta als Mitglied mit einem Beitrag von Ein Tausend Gulden in folgendem an Herrn Stadt-

pfarre Thissen gerichtet Schreiben zugeschickt: „Durch Ihre Benachrichtigung habe ich mit Freude die Bildung des Frankfurter Dombau-Vereins vernommen und wünsche als Mitglied desselben mich sofort an seinem guten Zwecke mit dem befolgenden Beitrag zu beteiligen. Baden, 4. September 1867. Augusta.“

— Der Minister des Königlichen Hauses, Frhr. v. Schleinitz, bekanntlich zur Zeit auf Urlaub, ist von Sr. Majestät dem König hierher berufen, und hatte gestern Nachmittag um 4½ Uhr einen einstündigen Vortrag. Der Minister begiebt sich in diesen Tagen wieder nach Frankfurt a. M.

— Die telegraphische Mitteilung des „Frankfurter Journ.“ aus Paris, daß der Botschafter Graf v. d. Goltz dort seine Abberufung angekündigt habe, ist, wie versichert wird, grundlos.

— Es wird, wie man hört, hier die Bildung eines Comité's beabsichtigt, welches sich mit der Frage wegen einer in Berlin zu veranstaltenden Welt-Ausstellung beschäftigen soll, für welche als Zeitpunkt das Jahr 1872 in Vorschlag gebracht worden ist.

— Wie mehrseitig verlautet, bat die dänische Regierung gestern die Bestellung des Herrn v. Quaade zu ihrem Bevollmächtigten Schiffs Führung der Verhandlungen mit Preußen wegen der Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedens zurückgezogen. Ob dieser Schritt bloß die Person des Herrn v. Quaade betrifft, oder die Abgeneigtheit Dänemarks zum Eintritte in die Verhandlungen bestündet, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Doch soll in Kopenhagen, vielleicht nicht ohne Einwirkung der jüngsten Wahlergebnisse im zweiten Schleswigschen Wahlkreise, eine sehr erregte Stimmung herrschen.

— Herr v. Beust begiebt sich nach London, angeblich, um mit der englischen Regierung über die im Orient zu befolgende Politik zu berathen.

— Assessor Lasker beabsichtigt einen Antrag auf Beseitigung der Buchergesetze für das ganze norddeutsche Bundesgebiet und zwar auch im Hypothekenverkehr beim Reichstage einzubringen.

— In gewissen Kreisen der Mitglieder des Reichstages ist die Frage angeregt, ob es nicht ratsamer wäre, durch eine Adresse an das Oberhaupt des Bundes die Königliche Eröffnungsrede zu beantworten. Einem solchen Alte des Parlaments lagen im Frühjahr formale Hindernisse im Wege, welche durch die Konstituierung des Bundes beseitigt sind. Es würde sich immer nur um eine ganz kurze Adressdebatte handeln, denn Vorsorge des Reichstags entsprechend, keine Diskussion bei den vielen hochwichtigen Fragen, welche zu erledigen sind, in die Länge zu ziehen.

— Der Minister des Innern hat sich dieser Tage in das hiesige Schuldgefängnis begeben, um sich durch den Augenschein von den schweren Ubelständen, welche so lange schon Gegenstand fruchtloser Klagen gewesen, zu überzeugen. Er soll in manchen Punkten baldige Abhilfe in Aussicht gestellt haben.

— Der jetzt in Dresden tagende Verein der „Deutschen Strafanstaltenbeamten“ hat am 4. September Resolutions gefaßt über die Modifikationen, welche bei der Einzelhaft der weiblichen Straflinge einzutreten haben. Dieselben wollen insbesondere verbüthen, daß durch die Einzelhaft das geistige und sittliche Wohl der Gefangenen beeinträchtigt werde: sie fordern namentlich „die Gemeinschaftlichkeit bei dem Kirchen- und Schulbesuch, sowie bei den Spaziergängen unter Wegfall der Masken und Nummern.“ Am 5. September hat der Verein folgende weitere Resolutions gefaßt: der gegenwärtige Zustand der Gefängnisinrichtungen für Untersuchungs- und kurzzeitige Strafgefangene ist größtentheils mangelhaft. Die absolute Trennung der Untersuchungs- von den Strafgefangenen ist die erste Bedingung einer Erfolg versprechenden Reform. Es ist daher zu streben, daß das ganze Gefängniswesen von den Polizeigefängnissen bis zu den Strafanstalten hinauf einheitlich ordnet wird. Die Isolthälfte ist für die Untersuchungs- und Strafgefangenen im Allgemeinen der einzige richtige Haftmodus.

— Die Präidentenwahl wird wahrscheinlich nur zwischen Simon und v. Forckenbeck schwanken. Die Wahl des Letzteren soll von den Konservativen lebhafte gewünscht werden, als von seinen eigenen Freunden, denen mehr an Forckenbecks Thätigkeit in der Fraktion liegt.

— Die Bildung von Kommissionen ist diesmal unzweifelhaft. Die Geschäftsordnung verlangt die Bildung einer Budget-Kommission und die in der Thronrede angekündigte Vorlagen, speziell die die Freizüglichkeit betreffende, werden im vollen Hause ohne vorangegangene Vorberathung in Kommissionen schwerlich zu diskutiren sein.

— Es ist gegenwärtig hier die Bildung einer Schiffsbewegungs-Gesellschaft „Neptun“ im Werke. Dieses Projekt darf nicht verworfen werden mit einer schon bestehenden Gesellschaft zur Rettung „Schiffbrüchiger.“ Es handelt sich hier lediglich um die Mittel zur Anschaffung der Apparate zur Hebung der an den Küsten des Ost- und Nordsee zahlreich vorhandenen alten und neuen Schiffswracks, die ein überaus wertvolles Material resp. Ladung darbieten. Gesunkene Schiffe mit einem Beisicherungswerte von 4—600,000 Thlr. befinden sich mehrere Theile an der Ostseeküste, theilweise in der Nähe von Cuxhaven. Daß die See-Assuranz-Gesellschaften selbst das größte Interesse an einer rationalen Bergung resp. Hebung gesunkener Schiffe haben, liegt auf der Hand. (Berl. Fr.-Bl.)

— Berlin, 10. September. Die „Nordd. Allg. Z.“ schreibt: „Dem katholischen Kongresse von Innsbruck hat man einen praktischen Erfolg abzugewinnen gesucht. Der Gemeinderath von Luxemburg nämlich, welcher sich schon seit langer Zeit mit Erwägungen quält, wie der durch den Abzug der preußischen Garnison dem Gemeinwesen erwachsende materielle Schaden auf anderem Wege ersezt werden könnte, hat sich zur glücklichen Stunde erinnert, daß auf der eben in Innsbruck zusammengetretenden Versammlung das Projekt der Begründung einer katholischen Universität diskutiert wer-

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,  
monatlich 10 Sgr.,  
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.  
monatlich 12½ Sgr.;  
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

den sollte, und im Auftrage der Luxemburger Gemeinde-Vertretung sind Bürgermeister Simons und ein Gemeinderath nach Innsbruck abgereist, um der General-Versammlung die leerstehenden Kasernen zur Benutzung als Hörsäle, Seminarien, Carcer und dgl. m. der projektierten Universität vorzuschlagen. Zur unterstützenden Beweisführung soll angeführt werden, daß Luxemburg katholisch und daß es eine neutrale Stadt sei. In so fern die fragliche Universität aber ein geistiger Mittelpunkt der deutschen Katholiken werden soll, so dürfte es doch angemessen erscheinen, deren Sitz in eine deutsche Stadt zu verlegen, welchen Charakter wohl der Gemeinderath von Luxemburg nach seinem Auftreten vor 6 Monaten unmöglich der von ihm administrierten Gemeinde vindicieren kann.“

— Der Entwurf eines Gesetzes über die Freizüglichkeit im Gebiet des norddeutschen Bundes, welches dem Reichstag demnächst zur Zustimmung vorgelegt werden soll, bildet die praktische Ausführung des im Art. 3 der Bundesverfassung gleichsam als Grundrecht gesetzten „Gemeinsamen Indigenats“ und trägt dem dort aufgestellten Prinzip in sehr ausgedehnter Weise Rechnung. Kein im Bundesangehörigen darf hiernach innerhalb des Bundesgebietes an dem Ort, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu schaffen im Stande ist, der dauernde Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingungen erschwert werden. Nur in dem Fall, daß der Neuankömmling an dem Aufenthaltsort die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nimmt, kann die Zurückweisung in die Heimatgemeinde erfolgen, und zwar soll dies, wenn mehrere Bundesstaaten beteiligt sind, im Allgemeinen nach den Bestimmungen des sog. Gothaer Vertrags geschehen. Dies der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs, der mit vollem Recht als die erste und hauptsächlichste Grundlage für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Nation angesehen werden kann.

Köln, 9. September. Während die Cholera bisher nur in einzelnen Vierteln auftrat, hat sie sich jetzt in der ganzen Stadt verbreitet. Es sind in diesen Tagen Erkrankungsanmeldungen auf der Polizei aus allen möglichen, auch aus den gesundest belegenen Gegenden der Stadt vorgekommen. Nach den amtlich geführten Listen sind gestern 31 Personen als erkrankt gemeldet. Die wirkliche Zahl ist jedoch immer noch auf etwa ein Doppel höher anzunehmen. Das numerische Verhältniß der Sterbefälle zu den Erkrankungsfällen ist hier wie 1 zu 2. Die tropische Hitze hat in der letzten Zeit der Krankheit wirksamen Vorshub geleistet.

Karlsruhe, 6. September. Der Alterspräsident Beck präsidierte heute die erste Sitzung der zweiten Kammer mit einer Rede, in welcher er darauf hinwies, daß das Großherzogthum seine angemessene Stelle finden solle und werde „bei dem Aufbau des großen Deutschen Vaterlandes.“

München, 8. September. Die Verhandlungen wegen Vollzuges des Hiedenstrakts, die seit längerer Zeit zwischen Preußen und Bayern in Frankfurt und Würzburg durch die Kommissäre Geheimerath Ribbeck und Regierungs-Direktor v. Hörmann geführt wurden, sind nach dem „Frankf. Journ.“ nun so weit gediehen, daß den beiderseitigen Regierungen die Schlussreize zugeleicht wurden. In der nächsten Woche treten bei uns die beteiligten Ministerien unter dem Vorst des Ministers des Äußeren zu einer Schlusssitzung zusammen, die wahrscheinlich keinen Anlaß zu eingreifenden Änderungen finden wird, da die zweifelhaftesten Punkte immer schon auf Grund sofortiger Informationen durch die Kommissäre erledigt worden sind. Haben die Verhandlungen die Billigung dieser gewünschten Kommission erhalten, so werden sie dem König zur endgültigen Genehmigung vorgelegt.

Ausland.

Wien, 7. September. Gestern hat die Reichsraths-Deputation eine vertrauliche Besprechung bei dem Kardinal Rauscher, die ungarische Deputation aber eine offizielle Sitzung in ihrem Versammlungskoalte gehalten. In ersterer soll Fr. v. Beck den zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Vermittlungsvorschlag vorgebracht haben; in letzterer wurde die aus Gyengy's Feder stammende Gegen-Proposition verfützt und die deutsche Ueberzeugung authentiziert. Heute soll dieselbe der cisleithanischen Kurie überreicht werden. Was „Naplo“ heute als wesentlichen Inhalt mittheilt, wird der „N. Fr. P.“ von anderer Seite als zutreffend bezeichnet. Aber dieser Inhalt erregt den lebhaften Hora dieses Blattes, welches dazu bemerkt: „Von dem Provisorium, mit welchem der K. verkleidet werden soll, den die Aus-leichverhandlungen erlitten, werden so unglaubliche Dinge berichtet, daß man Noth hat, sich zu bestimmen, ob man es mit Thatsachen oder der Ausgeburt einer üppigen Märchenphantasie zu thun hat. Ein Märchen kann es nur sein, wenn uns „Naplo“ versichert, 53 Millionen seien jene Ziffer, welche die Ungarn pro 1868 zu den gemeinsamen Auslagen einschließlich der Staatschuld beisteuern wollen; ein Märchen kann es nur sein, wenn die Ungarn von den 160 Millionen (einschließlich des Agio's für die Silberflut), welche die Rubrik „Staatschuld“ erhält, die 24 zur Amortisation nordwestlichen Millonen jährlichen Bedarf auscheiden wollen, als ob sie die Amortisation gar nichts anginge; ein Märchen muß es sein, wenn die Ungarn von der gemeinsamen Staatschuld jene Summe (30 Millionen) ausschließen wollen, welche angeblich gegen Ungarn zur Niederweisung einer von dem jetzigen ungarischen Minister-Präsidenten selbst als über die Verfassungs-Verteidigung mit vorausgegangen bezichteten Revolution und auf Eigenabnabauten für die Westhälfte des Reiches verwendet worden sind; ein Märchen ist es ganz bestimmt, daß die Ungarn von dem nach Abzug von 6 Millionen Kroupe steuer verbleibenden Zinsenrate per 100 Millionen nur 25 Millionen oder nach einer anderen Revision 30 Millionen zahlen wollen. Denn wenn alles dies kein Märchen wäre, so müßte sich dagegen die Leitha ein Aufruf der Entlastung aus den geprägten Herzen losringen, und drohend würde sich die öffent-

liche Meinung gegen jenen Minister wenden, der es wagen wollte, eine solche verderbliche Kapitulation auch nur auf Ein Jahr abzuschließen.

**Wien**, 9. September. Um die Stimmung jenseits der Leitha wieder in etwas günstigere Bahnen zu leiten, soll der Kaiserliche Hof um die Mitte des Monats nach dem Lustschloss Gödöllö überstiegen und bis zum Antritt der Reise nach Paris darselbst residiren. Auch die vollständige Durchführung der administrativen Erverleibung Kroatiens scheint darauf berechnet, im ungarischen Reichstage Sympathien für die Regierung zu werben. Ehe noch die Reichsvertretung ihre Thätigkeit wieder aufnimmt, wird die kroatische Hofkanzlei aufgebört haben, als selbständige Behörde zu fungieren, sie wird bis dahin mit ihrem neuernannten Vorstande, Dr. Subaj, dem ungarischen Ministerium des Innern einverlebt sein. Die Stimmung in Kroatien wird natürlich durch diese neuliche Einschränkung der Autonomie nicht verbessert und die Regierung thut sehr vernünftig, daß sie für längere Zeit auf die Einberufung des kroatischen Landtages verzichtet hat, da von demselben außer einem entschiedenen Protest gegen die, Kroaten angehörende Gewalt, ohnehin nichts zu erwarten wäre. — Im Publikum hat es Aufsehen, in den klerikalen Kreisen dagegen sehr große Verstimmung hervorgerufen, daß der hier versammelt gewesene Lehrertag, dessen Sitzungen gestern zu Ende gingen, sich mit großer Majorität für die Unabhängigkeit der Schule von der Kirche aussprochen hat. Man hatte von den Lehrern, die man als willentloses Werkzeug der Klerikalen anzusehen gewohnt war, eine so entschiedene Auseinandersetzung gegen das traditionelle System gar nicht erwartet.

**Luxemburg**, 6. September. Die Schattenseite der Räumung der Festung scheint den Luxemburgern plötzlich recht klar zu werden. Der "Dr. B." schreibt man von hier: Eine unheimliche Stille lagert sich über den verlassenen FestungsWerken und eine die Geschäftskreise drückende Schwüle beschleicht unsere Stadt. Der Konsum in den verschiedensten Verkehrswegeen erleidet durch die plötzlich eingetretene Verminderung der Bevölkerung einen erheblichen Stoß. Jeder diskutiert deshalb, wie neues Leben und Erfolg in die Stadt verpflanzt werden soll. An die Regierung und Stadtverwaltung wird die ernste Mahnung herantreten, dem Kleinmuth der Bürgerschaft entgegenzutreten. Echternach und Diekirch, welche neben dem Verluste ihrer Garnisonen auch eine Einschränkung ihrer höheren Lehranstalten erdulden sollen, leiden zwar auch durch den politischen Umschwung; allein die Hauptstadt des Landes hat den bedeutendsten Verlust und verliert das Charakteristischste, was sie seit Jahrhunderten besessen hat; denn Luxemburg, stets ein strategisch und militärisch wichtiger Punkt, zog hieraus stets bedeutende materielle Vorteile. Man befürchtet, daß die demnächst zur Sprache kommende Militärfrage zwischen Kammer und Regierung einen ernsten Konflikt hervorrufen wird.

**Brüssel**, 5. September. Mit vielem Interesse folgt man hier dem Verlauf des Aufstandes in Spanien, nachdem ja der Hauptheld dieser Tragödie, General Prim, noch vor wenigen Tagen hier in unserer Mitte verweilt hat. Der spanische Gesandte, Marquis von San Carlos, hatte die Regierung zwar zur Ausweisung Prims zu veranlassen gesucht; aber obgleich die Wohnung des Generals zu einem förmlichen Hauptquartier von Flüchtlingen geworden war, infomodirten ihn doch die Behörden bis zu seiner Abreise nicht im Geringsten, nur hatte der Justizminister Herrn Prim eines Tages zu sich gebeten, um ihn auf die Rückstufen aufmerksam zu machen, welche das Asylrecht den dasselbe benötigenden Flüchtlingen auferlegt.

**Paris**, 8. September. Die meisterhafte Thronrede des Großherzogs von Baden hat hier in allen Kreisen das größte Aufsehen gemacht, und wenn ihr auch gewisse chauvinistische Kreise, deren österreichisch-hannoversche Neigungen Niemandem ein Geheimnis sind, nur wenig Geschmack abgewinnen wollen, so hat doch auch auf sie der klare, männliche Freimuth, der aus den Worten des Großherzogs spricht, einen tief gehenden Eindruck hinterlassen. Die leichtbezeichnete Klasse von Politikern ist überhaupt seit der Rückkehr des Kaisers aus Salzburg ganz desorientirt. Sie darf sich der Überzeugung nicht verschließen, daß Napoleon III. bereits als er Würtemberg durchkreist nicht mehr in Unkenntnis war über die wahre Gesinnung des deutschen Südens, wie sie sich bei Fürst und Volk befandet. Die Illusionen, denen sich der Kaiser im Vertrauen auf das phantastische Blendwerk des Fürsten Metternich über die Natur der österreichischen Machtverhältnisse hingegessen, müssten auch schwinden, als ihm die Überzeugung beigebracht wurde, daß beispielsweise die Heeres-Organisation des österreichischen Kaiserstaates seit den Schlägen des vorigen Jahres noch keinen Schritt zum Bessern gemacht hat, ja, daß, um nur eines zu erwähnen, Österreich in diesem Momente, trotz aller charlatanistischen Übertriebung in der Presse, noch nicht mehr als 2000, sage zweitausend, Hinterladungsgewehre besitzt. Vor solchen Zahlen müssten selbst die beherztesten Fürsprecher der österreichisch-französischen Allianz die Waffen strecken, und in den Gestaltungen des Tuillerten-Kabinetts vollzog sich eine Umwandlung, die nicht radikal festgestellt werden konnte, als dies durch das Moustier'sche Rundschreiben geschehen ist. Die Idee, man werde sich an eine völlige Einheit Deutschlands gewöhnen müssen, gewinnt in den Regierungskreisen, so wie auch in den Oppositionskreisen von Tag zu Tag mehr die Oberhand; nur ein brüskes Vorgehen von Berlin aus wäre im Stande, diese günstigen Dispositionen unseres großen Nachbarvolkes umzugestalten. Hat sich Frankreich einmal erst an die Coexistenz eines großen preußisch-deutschen Staates von dreißig Millionen Einwohnern an seinen Gränzen gewöhnt, hat es die Überzeugung erlangt, daß dieser Staat durchaus keine Frankreich feindlichen Pläne verfolgt, weder an die Absorbition Hollands, noch an eine Annexion Belgisch-Flanderns denkt, weß es endlich, daß das neu-deutsche Reich durchaus nicht von der Idee beseelt ist, durch ein Bündniß mit Russland in West-Europa prädominieren zu wollen, so wird der Anschluß weiterer acht Millionen Süddeutscher Vieles von dem Schrecken verlieren, den er noch jetzt für eine ziemliche Anzahl französischer Politiker im Gefolge hat. Die Regierung freilich fürchtet sich zur Stunde vor einem anderen Gespenste: es ist dies der Genfer Friedens-Kongress, der wie ein Alp auf ihrem Bewußtsein lastet. Sie weiß ganz gut, daß das Werk, daß Herr Accolas, Professor der Jurisprudenz an der Pariser Fakultät, im Vereine mit dem Chemiker Naquet ins Leben gerufen, anfangs den Namen "internationaler Kongress der Demokratie"

führen sollte und daß nur der Widerstand des Genfer "Zweig- und Organisations-Comités" gegen den Vorschlag der Pariser "Kommission der Initiative" die Unternehmer veranlaßte, die "internationale" Friedensfahne auszuhängen. Die bonapartistischen Regionen sind zwar überzeugt, daß in den öffentlichen Verhandlungen zu Genf nichts lautbar werden wird, was die intimsten Gedanken der Unternehmer verrathen könnte, aber sie haben selbst aus früherer Zeit noch die Gewohnheiten der Konspiratoren zu gut im Gedächtniß, um nicht hinter diesem ganzen Friedensapparat und der Anwesenheit Victor Hugo's, Ledru-Rollin's, Pascal Duprat's, Garibaldi's, Louis Blanc's und Anderer eine antinapoleonische Verschwörung zu mutmassen. Es scheint, daß das französische Ministerium des Innern schon seit acht Monaten über eine Konspiration im Klaren ist, die sich im Auslande gegen Napoleon III. gebildet und die selbst im Inlande nicht wenige "latente" Teilnehmer zählt, ohne daß es ihm bisher gelungen wäre, die sich immer mehr zusammenziehenden Fäden des Neves genugsam in die Hand zu bekommen, um im Stande zu sein, der Unternehmung erfolgreich entgegenzuwirken. Man wird daher von hier aus der demokratischen Propaganda in Genf ein um so schärferes Augenmerk zuwenden, als man in Erfahrung gebracht hat, daß namentlich Herr Pascal Duprat, ehe er nach Genf abreiste, es für nötig hielt, sich in Baden-Baden mit dem Grafen von Paris und dessen Bruder dem Herzoge von Nemours zu berathen und gleichsam dessen Mot d'ordres mit auf den Weg zu nehmen.

— Die "France" bestätigt heute in ihrer Wiener Korrespondenz, daß Nouber mit Beust eine "kurze" Unterredung gehabt habe; dieselben sollen jedoch nur Friedenspfeifen geraucht haben. Nouber ist Finanzminister und Beust hat Geld nötig; er will "eine kleine Anleihe" loslassen, durch welche, verbunden mit einer neuen Emision von Papiergeld (nur 20 Millionen), versichert die "France", und einer neuen "mäßigen" Anspannung der Steuerkraft, daß Schifflein Österreichs wieder flott gepumpt werden soll.

#### Pommern.

**Stettin**, 11. September. Wie ermittelt, hat der wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftete Nagelschmied Frank in Bredow bereits vor etwa 4 Jahren, als er Besitzer des Hauses Martinstraße No. 2 auf Bredower Anteil war, seinen Schwager Ludwig Behm, wie dieser jetzt selbst zugestanden, gegen Zustellung einer Belohnung von 50 Thlr. zu verleiten gesucht, sein derzeitiges Besitzthum in Brand zu setzen. Er soll mehrfach die Neuherzung gethan haben, er werde schon wissen, wie er noch ein reicher Mann werde und zur Erstrebung dieses Ziels müsse sein Haus abbrennen.

— Anfangs August d. J. hatte der Kahnfischer Wilhelm Pischel aus Hartmannsdorf in seinem Kahn IX. 171 in Posen zum Transport nach Brandenburg für Rechnung eines hiesigen Handlungshauses 50 Wiegel Nüsen geladen. Am 27. August ist dieser Kahn, ohne äußerlich Schaden genommen zu haben, unterhalb der Bäckerbrücke bei Briesen gesunken und sind nach der am dritten Tage darauf erfolgten Hebung desselben nur ca. 43 Wsp. gequollener Delsaat von der Fracht vorgefunden, so daß noch dem Urteil Sachverständiger 16 bis 20 Wsp. im Werthe zwischen 14 und 1700 Thlr. an dem bei der Land- und Wassertransport-Gesellschaft zu Berlin versicherten Frachtgut fehlten. Gegen Pischel liegt nun der dringende Verdacht vor, sein Schiffsgesäß absichtlich versenkt zu haben, nachdem er vorher den fehlenden Theil der Ladung in den neben ihm belegten gewesenen Kahn des Schiffers Aug. Herd. Preßlau aus Neu-Blessin zum Zwecke des Verkaufs für gemeinschaftliche Rechnung überladen hatte. Letzterer ist der Hehlerei verdächtig. Ein Theil der veruntreuten Ladung (ca. 91 Centner) ist auf dem Lager einer hiesigen Handlung mit Beschlag belegt.

— Vor einigen Abenden in der 9. Stunde wurden mittelst eines großen Steines zwei Fensterscheiben in der Giebelwohnung des Hauses Georgenstraße Nr. 6 von außen eingeworfen. Der schwere Stein fiel unmittelbar neben der Wiege nieder, an der die Mutter eines Säuglings saß und nur einem glücklichen Zusatz ist es zu danken, daß Mutter und Kind unverletzt blieben. Das Motiv dieser Frevelthat ist mutmaßlich Rache gewesen.

— Aus einer auf dem Hofe des Speichergrundstücks No. 19 belegenen, von dem Kaufmann A. Hosfeldt zur Lagerung von Speditionsgütern benutzten Remise, sind vor einigen Nächten mittelst gewaltsamen Einbruchs etwa 20 Kisten Cigarren gestohlen.

— Aus der Ladenfassade in dem Geschäftskloster des Schankwirtes Maasch, Wallstraße No. 34—35, wurde vor mehreren Tagen ein 9 Thlr. 25 Sgr. in verschiedenen Münzsorten enthaltendes Portemonnaie von einem bisher nicht ermittelten Menschen entwendet.

— Heute früh gegen 8 Uhr wurde in der großen Ritterstraße ein etwa zehnjähriges Mädchen überfahren und anschließend am linken Arm und der Hand nicht unerheblich verletzt. Der Führer des Wagens, Fuhrherr D. von der Schiffbauanstalt, dürfte nicht ohne Schuld an dem Unglück sein, da er sein trabendes Pferd noch durch die Peitsche antrieb, als er bereits sehen mußte, daß das Kind nicht mehr ausbiegen konnte.

— Auf den Antrag des Gesamt-Ausschusses der evangelischen Gustav-Adolph-Vereine hat der evangelische Ober-Kirchenrat im Einverständnisse mit dem Kultus-Ministerium angeordnet, daß am Reformationsfeste eine allgemeine Kirchen-Kollekte für die Zwecke der genannten Stiftung abgehalten werden soll.

— Beihau Erzielung eines gleichartigen Verfahrens in Bezug der Pensionsbeiträge der Stabsärzte hat das Kriegsministerium zur Beseitigung dieser Verschiedenheiten und event. nachträglichen Ausgleichung bestimmt, daß Stabsärzte bis zum Schlusse des Jahres 1866 von ihrem Gehalte bis zu 700 Thlr. jährlich incl., nur einen Pensionsbeitrag von 6 Thlr. zu entrichten haben. Erst vom 1. Januar d. J. ab tritt die Erhöhung der Pensions-Beiträge bei den Stabsärzten mit dem Friedensgehalt von 500 Thlr. bis 700 Thlr. jährlich nach den in dem Verpflegungs-Etat für Aerzte pro 1867 angegebenen Sägen ein.

— Der Gerichts-Assessor Karl Ludwig Gustav Schmidt ist aus dem Bezirk des Kammergerichts in das Department des hiesigen Appellationsgerichts versetzt. Der Gerichts-Assessor Hüxstädt bei dem Kreisgericht in Greifswald ist zum Kreisrichter ernannt mit der Funktion an der Deputation in Labes.

#### Vermerktes.

— (Vergiftung einer Familie.) Ein furchtlicher Un-

glückfall, welchem fünf Menschenleben zum Opfer fielen, und an welchem eine unverzeihliche Unvorsichtigkeit die Schuld trägt, ereignete sich am 4. d. M. in Michenbach (Oesterreich). Der dortige herrschaftliche Schloßverwalter Ritter v. Dubitsky, dessen Gattin und drei Kinder starben nämlich in Folge einer Vergiftung, wenige Stunden nach dem Genusse einer höchst gefährlichen Gattung von Schwämmen, welche von der Köchin des Schlosses für unschädlich gehalten wurden. Trotz der schnell angewandten ärztlichen Hilfe und der beigebrachten Gegenmittel gelang es nicht, einen der Vergifteten zu retten. Die schuldtragende Köchin ist dem Wahnsinne nahe.

#### Neueste Nachrichten.

**Elbersfeld**, 10. September. Bei der heute im Kreise Lennep-Mettmann stattgefundenen engeren Wahl hat der Kandidat der socialdemokratischen Partei, Reinke, mit 2500 Stimmen Mäjorität über Herrn v. Camphausen gestellt.

**Elbersfeld**, 10. September, Abends. Bei der engeren Wahl im Kreise Hagen siegte Harfort über v. Vincke mit mindestens 800 Stimmen.

**Karlsruhe**, 10. August, Nachmittags. In der Abgeordnetenkammer legte die Regierung zahlreiche Gesetzentwürfe vor, darunter ein Wehrgezetz nach Maßgabe der preußischen Heeresorganisation, ein Gesetz über Aufhebung des passiven Wahlrechts und ein Gesetz über den Elementarunterricht.

**München**, 9. September. Der bayerische Landtag ist auf den 28. d. M. einberufen.

**Wien**, 10. September, Nachmittags. Die "Wiener Abendpost" schreibt: An die Abreise der englischen Handelskommissare und die Beendigung der Kommissionsarbeiten, welche in Folge des Art. 4 des Vertrages mit England Beaufsichtstellung von Durchschnittspreisen für englische Waarenimports stattgefunden haben, wird die Vermuthung geknüpft, daß der Abschluß eines neuen Vertrages erfolgt ist. Dies ist nicht der Fall. Da die Verhandlungen noch nicht beendet sind, können die Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden. — Die "Wiener Correspondenz" meldet: Baron Lago, der frühere Vertreter Oesterreichs in Mexiko, ist in Wien eingetroffen und wurde sofort vom Kaiser empfangen. Ebenso ist der belgische Staatsminister Tesch hier eingetroffen.

**Genua**, 10. September, Vormittags. Der Friedens-Kongress wurde heute eröffnet. Nach Abstimmung der von dem Genfer Comité gekrönten Friedenshypothese hielt Barni die Begrüßungsrede. Das Interesse der Schweiz, sagte derselbe, sei Friede und Unabhängigkeit. Dieses Interesse bedinge die Vermeidung aller feindlichen Absichten gegen fremde Regierungen. James Fazy schlug zuerst die Beratung des Artikels 3 vor, betreffend die praktische Organisation des Kongresses. Garibaldi beantragte 12 Zusatzartikel (darunter einen, durch welchen das Papstthum für verfallen erklärt wird). Sodann wurde das Bureau konstituiert. Jollant (Berner Regierungsmittel) wurde zum Präsidenten, Barni und Edgar Quinet zu Vicepräsidenten gewählt.

**Schiffsservice.**  
**Swinemünde**, 10. September, Vormittags. Angelommene Schiffe: Aktiv, dasmussen, von Bergen. Anna Christine, Nielsen, von Molde. Wind: SO. Strom ansteigend. Revier 14 $\frac{1}{2}$ .

**Börse-Verichte.**  
**Stettin**, 11. September. Witterung: schön. Temperatur + 15° R. Wind: W.

An der Börse.  
Weizen anfangs steigend, schließt matt, loco per 85psd. gelber 87 bis 94 R bez., seines 95—96 R bez., alter 93—98 R bez., 83—85psd. gelber September-Oktober 89 $\frac{1}{2}$ , 90 $\frac{1}{2}$ , 90 R bez. u. Br., Frühjahr 86, 86 $\frac{1}{2}$ , R bez. u. Br., 86 Bd.

Roggen anfangs steigend, schließt flau, pr. 2000 psd. loco nach Dual. 65—69 R bez., September 67, 67 $\frac{1}{2}$ , R bez. u. Br., September-Oktober 64, 65 R bez. u. Br., October-November 62, 63 R bez. u. Br., Frühjahr 59, 60, 59 $\frac{1}{2}$ , R bez., 59 $\frac{1}{2}$  Br.

Gerste loco pr. 70psd. schief 48—50 $\frac{1}{2}$  R bez., mährische 50—51 $\frac{1}{2}$  R bez., Frühjahr 69—70psd. schief 48 R bez.

Hafel loco und kurze Lieferung pr. 50psd. 31—31 $\frac{1}{2}$ , R bez., September-Oktober 47—50psd. 31 R bez. u. Br.

Rübel fester, loco vom Lager 11 $\frac{1}{2}$ , R bez., September-Oktober 11 $\frac{1}{2}$ , R bez., 11 $\frac{1}{2}$ , 12 $\frac{1}{2}$ , R bez., November-Dezember 11 $\frac{1}{2}$ , 12 $\frac{1}{2}$ , R bez., April-Mai 11 $\frac{1}{2}$ , R bez.

Spiritus fest, loco ohne Fas 23 $\frac{1}{2}$ , R bez., nom., September 23 $\frac{1}{2}$ , 1/4 R bez. u. Br., 23 $\frac{1}{2}$ , R bez., October-November 22 $\frac{1}{2}$ , R bez., u. Br., 23 $\frac{1}{2}$ , R bez., Frühjahr 18 $\frac{1}{2}$ , 1/4, 1/2 R bez.

Regulierungspreise: Weizen 90, Roggen 67 $\frac{1}{2}$ , Rübel 11 $\frac{1}{2}$ , Spiritus 23.

**Landmarkt.**  
Weizen 88—95 R, Roggen 63—67 R, Gerste 46—50 R, Erbsen 64—72 R per 25 Schfl., Rübel 72—80 R, Hafer 28—34 R per 26 Schfl., Stroh pr. Schaf 7—8 R, Hen pr. Etz. 15 bis 25 Rpr.

**Breslau**, 10. September. Spiritus per 8000 Tralles 23 $\frac{1}{2}$ . Weizen pr. September 80 Br., Roggen pr. September 60 $\frac{1}{2}$ , per Herbst 58 $\frac{1}{2}$ . Rübel pr. September 10 $\frac{1}{2}$ , pr. Herbst 10 $\frac{1}{2}$ . Raps pr. September 91. Bins fest.

**Hamburg**, 10. September. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco und auf Termine höher. Weizen der September 5400 psd. netto 158 Br., 157 Bd., pr. Herbst 155 $\frac{1}{2}$  Br., 155 Bd. Roggen pr. September 5000 psd. Brutto 113 Br., 112 Bd., pr. Herbst 110 Br., 109 Bd. Hafer und Spiritus ruhig. Kaffee und Zint fest. Regenwetter.

**Stettin**, den 11 September.

Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	150 $\frac{1}{2}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 G	Pom. Chaussee-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used-Woll-Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 $\frac{1}{2}$ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	6 24 $\frac{1}{2$			